

Klassenkampf um neue Märkte

Das verkannte ökonomische Primat ostdeutscher Außenpolitik am Beispiel Zentralafrikas

Torben Gülstorff

Seit Jahrzehnten schon wird die Sekundärliteratur zur Außenpolitik der DDR im Wesentlichen von einem Narrativ bestimmt: dem Ringen um internationale Anerkennung im deutsch-deutschen Gegensatz und der mit diesem in direktem Zusammenhang stehenden Überwindung der westdeutschen Hallstein-Doktrin.¹ Ostdeutsche Außenpolitik, das war und ist nach dieser Lesart vor allem eines: Deutschlandpolitik.

1955 hatte die westdeutsche Bundesregierung die Hallstein-Doktrin, benannt nach dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, in ihre Außenpolitik integriert. Die von ostdeutscher Seite mit ‚Alleinvertretungsanmaßung‘ umschriebene Doktrin besagte, dass die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu ihr durch einen nicht-östlichen Staat von der Bundesrepublik als feindlicher Akt gewertet und mit Einschränkungen der diplomatischen Beziehungen – bis hin zu deren vollständigem Abbruch – beantwortet werden würde. 1969 wurde die Doktrin von der weicher formulierten Scheel-Doktrin, benannt nach Bundesaußenminister Walter Scheel, ersetzt. Diese sprach nur noch von einem ‚Aufschub‘ der Anerkennung, bis die deutsch-deutschen Beziehungen endgültig „geklärt seien“. 1973, mit Inkrafttreten des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages, war dieser Zustand erreicht. Die Scheel-Doktrin war überflüssig geworden und wurde eingestellt. Das ostdeutsche Außenministerium war unterdessen nicht untätig geblieben. In Reaktion auf die sich abzeichnende Neue Ostpolitik der Bundesrepublik und deren Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien hatte Ost-Berlin 1967 eine Doktrin gleichen Inhalts, die Ulbricht-Doktrin, benannt nach dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, erlassen. Auch sie sollte 1973 ihr Ende finden.

Nach 1973 gerieten Scheel- und Ulbricht-Doktrin rasch in Vergessenheit. Anders die Hallstein-Doktrin. Bis heute ist es diese Doktrin, welche von der Forschungsliteratur praktisch ausschließlich für dieses oder jenes außenpolitische Vorgehen der DDR als Erklärung herangezogen wird. Andere Interessen, beispielsweise solche nationaler ökonomischer oder internationaler geostrategischer Natur, scheinen als Begründung ostdeutscher Außenpolitik gänzlich ungeeignet. Dies verwundert. Lässt sich doch schon das ostdeutsche Streben um diplomatische Anerkennung – bei eingehender Betrachtung – leicht mit der profanen Befriedigung ökonomischer und geostrategischer Interessen in Zusammenhang bringen.

Als sich beispielsweise 1971 die Republik Äquatorialguinea, unterstützt vom sowjetischen Außenministerium, um die Errichtung einer ostdeutschen Botschaft in ihrer Hauptstadt bemühte – nicht die DDR war hier die treibende Kraft –, zeigte Ost-Berlin nur wenig Interesse. Dem Leiter der Abteilung Afrika, Karl-Heinz Kern, wogen bereits

1 Da es sich bei der Hallstein-Doktrin und dem deutsch-deutschen Gegensatz um Phänomene handelt, die sämtliche Abhandlungen zur ostdeutschen Außenpolitik bestimmen, ist es wenig zielführend, hier einen allgemeinen Literaturüberblick zu geben. Stattdessen seien an dieser Stelle einige allgemeine Werke zur Hallstein-Doktrin aufgeführt: Gray, William Glenn: *Germany's Cold War: the global campaign to isolate East Germany, 1949–1969*. Chapel Hill u. a. 2003; Kilian, Werner: *Die Hallstein-Doktrin: der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973*. Berlin 2001; Booz, Rüdiger Marco: *„Hallsteinzeit“: Deutsche Außenpolitik 1955–1972*. Bonn 1995.

die Unterhaltskosten eines Botschaftsgebäudes und die Gehälter etwaiger Angestellter zu schwer: „Es ist nicht zweckmäßig, in Santa Isabel eine Botschaft der DDR zu eröffnen. Sofern die Partnerseite bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen auf die Anwesenheit der DDR in ihrer Hauptstadt besteht, ist die Stationierung eines Diplomaten der DDR vorzusehen.“²

Doch so schnell gaben Äquatorialguinea und die Sowjetunion nicht auf. Moskau aktivierte seine Parteikontakte zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Als 1971 eine SED-Delegation den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) besuchte, wurde das Thema zur Sprache gebracht. Und so musste Ende Juli 1971 der kulturpolitische Stellvertreter des Außenministers, Otto Winzer, dem Büroleiter des Ministerrats der DDR, Staatssekretär Rudi Rost, berichten, dass die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Äquatorialguinea trotz aller Bedenken nun doch erfolgt sei: „Der Abschluß der Vereinbarung über die Herstellung diplomatischer Beziehungen erfolgte erst, nachdem auf Weisung der Genossen der Parteiführung, die sich zu dieser Zeit zur Teilnahme am 24. Parteitag der KPdSU in Moskau befanden, der Regierung der Republik Äquatorial-Guinea mitgeteilt wurde, daß die DDR bereit ist, eine Botschaft in Santa Isabel zu eröffnen.“³

Bei der für den Unterhalt einer in seinen Augen unnötigen diplomatischen Vertretung verschwendeten Valuta-Mittel seien jedoch, so Winzer, im Außenministerium strengste Maßstäbe angelegt worden.⁴ Staatssekretär Rost reichte dies nicht aus. Er bat zu prüfen, ob nicht – um weitere Ausgaben einzusparen – eine Doppelakkreditierung über den ostdeutschen Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik ins Auge gefasst werden könne. An der seiner Ansicht nach bestehenden Notwendigkeit, die ökonomischen Interessen der DDR nicht hinter den Wunsch, in möglichst vielen Staaten diplomatische Präsenz zu zeigen, zurücktreten zu lassen, ließ er keinen Zweifel: „Es geht darum, daß wir keinesfalls in der Lage sind, in allen Ländern Afrikas, die mit uns diplomatische Beziehungen aufnehmen, eine eigene Botschaft zu errichten und daß angesichts der Situation im Valuta-Plan keine Entscheidungen getroffen werden dürfen, die unsere Zahlungsbilanz in freien Devisen erneut belasten.“⁵

Zwar wurden die Gelder zur Errichtung einer diplomatischen Vertretung letztlich vom Ministerrat bewilligt, doch lässt der Unwille, auch nur ein Botschaftsgebäude zu unterhalten und einige Diplomaten zu entsenden – eine mehr als überschaubare Investition in den angeblich der DDR so wichtigen Auf- und Ausbau ihrer diplomatischen Beziehungen – bereits tief blicken. Sinn macht diese Zurückhaltung nur, wenn man bedenkt, dass die Ressourcen der DDR begrenzt waren. Dass sie, einmal eingesetzt, über kurz oder lang einen Mehrwert erzeugen mussten. Einen Mehrwert, in Form neuer Absatz- und Ankaufmärkte für die ostdeutsche Ökonomie. Das ökonomische Potential Äquatorialguineas wurde von Ost-Berlin als gering beurteilt. Entsprechend zurückhaltend verhielten sich Außenministerium und Ministerrat. Zwar bestanden geostrategische Interessen – von der Sowjetunion forciert, die einen geheimen Flottenstützpunkt und eine Satellitenbeobachtungsstation auf der Hauptinsel Äquatorialguineas zu errichten suchte –,

2. Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) über Stellvertretender Minister Fischer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Staatssekretär Florin (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 08. März 1971, PA AA, MfAA, C 1109/78, Fiche 1, S. 42–43, hier S. 43.

3. Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Staatssekretär Rost (Ministerrat), 23. Juli 1971, PA AA, MfAA, C 1109/78, Fiche 1, S. 46–47, hier S. 47.

4. Ebd.

5. Staatssekretär Rost (Ministerrat) an Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1109/78, Fiche 1, S. 48–49, hier S. 48.

doch waren die geostrategischen Interessen der Sowjetunion Anfang der 1970er Jahre nicht zwingend immer auch diejenigen der DDR. Nur wenig sollte Ostdeutschland bis Ende 1975 zur Stabilisierung der sowjetophilen Regierung Äquatorialguineas leisten. Schon 1972 hatte der frisch akkreditierte Botschafter Siegfried Münch gegenüber seiner Ost-Berliner Zentrale erklärt: „Für uns kommt es vor allem darauf an, solche Gebiete der Zusammenarbeit ausfindig zu machen, auf denen die DDR effektiv helfen kann[,] ohne große materielle Aufwendungen machen zu müssen.“⁶ Und so konnte selbst eine Bitte des äquatorialguineischen Staatspräsidenten Macias Nguema um Uniformen für eine frisch aufgestellte Volksmiliz erst nach mehreren Jahren, nur deutlich reduziert und nur unter Zuhilfenahme des Solidaritätskomitees – eine allerletzte Notlösung – umgesetzt werden.⁷ Keine staatliche Institution der DDR war bereit gewesen, finanzielle Mittel für das Projekt aufzubringen.

Der Kampf gegen die Hallstein-Doktrin, wie er in der Sekundärliteratur für gewöhnlich inszeniert wird, war ein global geführter Kampf, der keine Ausnahme zuließ. Betrachtet man die ostdeutsche Anerkennungspraxis aber unter diesem deutschlandpolitischen Primat, legt ihm ihre Strategie und Taktik zu Grunde, so wird man eines Widerspruchs gewahr, der sich nicht einfach wegdiskutieren lässt. Die DDR brachte ihre Anerkennungsbemühungen nicht gleichmäßig, nicht flächendeckend zur Anwendung. Nein, sie konzentrierte sie ganz bewusst auf ökonomisch und geostrategisch international relevante Schwerpunktstaaten. Nicht die am schwächsten, nein, die am stärksten vom Westen abgesicherten Glieder der internationalen Staatenkette wurden von der DDR gewählt. International irrelevante und vom Westen weitgehend unbeobachtete Randstaaten – wie Äquatorialguinea – blieben von ihren Anerkennungsbemühungen dagegen weitgehend ausgeschlossen. Eine schlechte Wahl – wäre es der DDR in ihrer Außenpolitik tatsächlich primär um die Durchbrechung der Hallstein-Doktrin gegangen. In einem schwachen Randstaat hätte sie mit deutlich geringeren Investitionen wesentlich mehr erreichen können. Doch war, dies ist die These meiner Dissertation⁸ und dieses Artikels, nicht die Überwindung der Hallstein-Doktrin das Primärinteresse der ostdeutschen Außenpolitik, sondern die Erschließung ökonomisch relevanter Märkte. Es gab ein ostdeutsches Primat – und es war ökonomischer Natur. Dieses ökonomische Primat brachte die ostdeutschen Ressourcen zielgerichtet in den Gebieten zum Einsatz, die der ostdeutschen Wirtschaft das größte Potential als lukrative Abnahme- und Ankaufmärkte versprachen. Auf den folgenden Seiten soll dieser Gedankengang anhand des Beispiels der zwischen 1955 und 1975 erfolgten ostdeutschen Anerkennungsbemühungen gegenüber neun zentralafrikanischen Staaten⁹ vorgestellt werden. Ostdeutsche Außenpolitik, so wird auf den nun folgenden Seiten argumentiert, das war eben doch mehr als nur einfach Deutschlandpolitik.

6 Botschafter Münch (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Stellvertretender Minister Moldt (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 10. Januar 1972, PA AA, MfAA, C 1121/78, Fiche 1, S. 2–6, hier S. 3.

7 Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Geschäftsträger Kleinhempel (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea), 26. Oktober 1973, PA AA, MfAA, C 1111/78, Fiche 1, S. 3–4.

8 Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen meiner Dissertation (Gülstorff, Torben: *Trade follows Hallstein? Deutsche Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum des Second Scramble*. Berlin 2016.). In dieser untersuche ich die west- und ostdeutschen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten in neun zentralafrikanischen Staaten zwischen 1945 und 1975.

9 Zu den neun untersuchten zentralafrikanischen Staaten zählen der Tschad, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, Gabun, Äquatorialguinea, die Republik Kongo, die Demokratische Republik Kongo, Angola, sowie Sao Tome und Principe.

Die diplomatische Expansion Ostdeutschland abseits des Hallstein-Narrativs

In den 1950er Jahren beschränkten sich die ostdeutschen Bemühungen um diplomatische Beziehungen im zentralafrikanischen Raum weitestgehend auf unpersönliche Kontakttarbeit. Briefe, Telegramme und Broschüren wurden versandt – mehr nicht. Initiatoren der ersten persönlichen Kontakte waren dann auch nicht Repräsentanten der DDR, sondern Vertreter afrikanischer Befreiungs- und Oppositionsbewegungen. 1957 trat die sowjetophile Rebellenbewegung Union des Populations du Cameroun (UPC),¹⁰ Ende 1959 der sowjetophile Flügel der Unabhängigkeitsbewegung in Belgisch-Kongo an das ostdeutsche Außenministerium heran. Nachdem 1960 Belgisch-Kongo und Französisch-Kamerun in ihre Unabhängigkeit entlassen worden waren, entsandte Ost-Berlin Delegationen in beide Staaten. Sie sollten das Handelspotential und die Möglichkeit der Errichtung von Handelsvertretungen ausloten. Ost-Berlin spekulierte auf die Abnahme von Maschinen, Industrieanlagen und Konsumgütern und die Erlaubnis, in größerem Umfang und im Direkthandel pflanzliche und mineralische Rohstoffe einkaufen zu dürfen. Doch führten diese Gespräche – zumindest in diplomatischer Hinsicht – im Kongo¹¹ wie in Kamerun¹² zu keinem Erfolg.

In Kamerun hoffte die Regierung auf eine verstärkte Warenabnahme aus dem Westen, sofern sie sich nur ausreichend vom Osten distanzierte. Doch gelang es interessierten Vertretern der kamerunischen Handelskammer immerhin, bei ihr die Erlaubnis zur Durchführung von Privatgeschäften mit ostdeutschen Unternehmen zu erwirken. Der ostdeutsche Delegationsleiter Kurt Böttger notierte in seinem Bericht für das ostdeutsche Außenministerium: „Dem Vizepräsidenten [der Kammer für Handel und Industrie] wurde nach mehrmaligen Vorsprachen beim Staatssekretär [für Industrie und Handel, Yrima Mohaman] Lamine zugestanden, bis zum Abschluß eines Handelsabkommens mit der DDR Reziprozitätsgeschäfte ohne Einschaltung französischer Ex- und Importeure durchzuführen. Dieses Beispiel machte Schule und auch die Genossenschaft ‚Robusta-Kaffee‘ erhielt von der Regierung die offizielle Genehmigung, Reziprozitätsgeschäfte mit der DDR abzuschließen.“¹³

Für die DDR scheint diese Regelung nicht wenige Annehmlichkeiten mit sich gebracht zu haben. Als sich der Handelsaustausch mit dem Westen für Kamerun bereits Mitte der 1960er Jahre nicht so entwickelte, wie von der Regierung Kameruns erhofft, kam diese auf das Angebot der DDR, eine Handelsvertretung in Kamerun zu errichten, zurück. Über seinen Botschafter in Moskau, Herrn N‘Thebe, ließ Kamerun dem Ost-Berliner Außenministerium mitteilen: „Dies würde sicher dazu beitragen, die gegenwärtig noch auf Firmen-Vereinbarungen beruhenden Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern weiterzuentwickeln und Kontakte auf anderen Gebieten [...] weiter auszudehnen bzw.

10 Stellvertretender Minister Kiesewetter – Bereich Asien, Afrika, Australien, Ozeanien (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 24. November 1959, BArch, SAPMO, DY 30, IV 2 /20/417, S. 35–41.

11 Sonderbevollmächtigter Thun-Hohenstein an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, 22. August 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 2, S. 138–139.

12 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Stellvertretender Vorsitzender Stoph (Ministerrat), 24. Oktober 1960, PA AA, MfAA, A 17216, Fiche 1, S. 3.

13 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1164/77, Fiche 1, S. 89.

anzuknüpfen.“¹⁴ Doch zeigten die staatlichen Organe der DDR keinerlei Interesse an den Annäherungsversuchen der Kameruner Regierung. Bis Ende 1975 wurde mit Kamerun weder ein zwischenstaatliches Handelsabkommen geschlossen, noch eine Handelsvertretung, geschweige denn eine Botschaft der DDR in Kamerun errichtet. Vielleicht ja, weil die „Firmen-Vereinbarungen“ all diese „Investitionen“ schon längst überflüssig gemacht hatten. In der Republik Kongo (Kongo-Léopoldville) machten die innenpolitischen Entwicklungen der Kongo-Krise – die Regierung unter Ministerpräsident Patrice Lumumba wurde bereits nach wenigen Monaten gewaltsam abgesetzt – dem Bemühen um eine Handelsvertretung ebenfalls ein frühzeitiges Ende. Doch anerkannte die DDR im Dezember 1960 die Ausrufung der Freien Republik Kongo im Osten des Landes unter Führung des rechtzeitig aus der Hauptstadt Léopoldville geflohenen Vize-Ministerpräsidenten Antoine Gizenga. In dessen neuer Hauptstadt, Stanleyville, konnte die DDR dann im Sommer 1961 sogar für einige Wochen eine diplomatische Vertretung – eine Botschaft – ihr eigen nennen.¹⁵ Dabei hatte Ost-Berlin, mit Blick auf die weltweit angespannte Lage, die Kongo-Krise strebte einem ersten Höhepunkt zu, den Westen nicht unnötig reizen und von diplomatischen Beziehungen eigentlich Abstand nehmen wollen. Der Minister für Außen- und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, hatte noch im Februar 1961 einer Delegation der Regierung Gizenga erklärt: „Wenn die Frage der diplomatischen Beziehungen zu dem einen oder anderen Staat Schwierigkeiten für den Kampf bringen würden, dann könnten sie eben nicht aufgenommen werden.“¹⁶ Und eigentlich hatte die DDR auch nur eine Handelsvertretung angestrebt. Doch hatten die Kongolesen auf einer Botschaft bestanden, um ihre internationale Reputation zu stärken. So bezog im August 1961 ein ostdeutscher Botschafter in Stanleyville Quartier. Doch blieb dieses Ereignis vor der Außenwelt verborgen. Die DDR hütete sich, die Angelegenheit – die ach so wichtige Durchbrechung der Hallstein-Doktrin – publik zu machen.¹⁷ Ein kluger Schachzug. Bereits wenige Wochen später versöhnten und vereinigten sich die kongolesischen Regierungen wieder, und der ostdeutsche Botschafter musste das Land verlassen. Doch hatte ohnehin nicht die Überwindung der Hallstein-Doktrin, sondern die Befriedigung ökonomischer Interessen im Zentrum der ostdeutschen Überlegungen gestanden. Ost-Berlin hatte auf die Entsendung von Beratern für den Regierungs- und Verwaltungsapparat,¹⁸ sowie von Bergbauexperten für die Erschließung der im Rebellengebiet lagernden kongolesischen Gold- und Coltan-Lagerstätten¹⁹ spekuliert. Berater und Experten sollten auf den Bezug ostdeutscher Maschinen und Anlagen und den Verkauf von pflanzlichen und mineralischen Rohstoffen an ostdeutsche Ankaufunternehmen hinwirken. Doch machte der für das sozialistische

14 Handelsattaché Menzer (Botschaft in der Sowjetunion) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Sowjetunion (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Botschaft in der Sowjetunion, 19. September 1966, PA AA, MfAA, A 1166, Fiche 3, S. 202–203.

15 Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Staatssekretär Plenikowski (Ministerrat) und Abteilungsleiter Florin – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 20. Juni 1961, PA AA, MfAA, A 17288, Fiche 2, S. 150.

16 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 11. Februar 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 1, S. 76–81, hier S. 76.

17 Botschafter Böttger (Botschaft in der Freien Republik Kongo) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. August 1961, PA AA, MfAA, A 14194, Fiche 2, S. 164.

18 Ebd.

19 2. Sekretär Schüßler (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) und Bevollmächtigter Böttger (zur Zeit stationiert in der Vereinigten Arabischen Republik) an Minister Rau (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 6. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 2, S. 162.

Lager ungünstige Verlauf der Kongo-Krise die diplomatische Anerkennung und die mit dieser verbundenen ökonomischen Planungen erneut zur bloßen Episode.

In den nun folgenden Jahren griff das ostdeutsche Außenministerium verstärkt auf gesellschaftliche Organisationen zurück. Sie sollten sich im zentralafrikanischen Raum als Promotoren ostdeutscher Interessen betätigen. Besonders intensiv wurden deren Aktivitäten in der Republik Kongo (Kongo-Brazzaville) gefördert. Dort erfolgte dann auch 1969 die erste „offizielle“ ostdeutsche diplomatische Beziehungsaufnahme im zentralafrikanischen Raum²⁰ – wenn auch zunächst „nur“ auf Gesandtschaftsebene. Im Rahmen dieser Beziehungsaufnahme erklärte sich die DDR zu Folgendem bereit: der Vergabe eines Handelskredits über umgerechnet rund 25 Millionen DM,²¹ eines Geldgeschenks an die kongolesische Einheitspartei, die Parti Congolais du Travail (PCT), über umgerechnet rund 0,28 Millionen DM, sowie – hier ist die Quellenlage allerdings recht dünn – zu Investitionen in zwei kongolesische Unternehmen und der Annahme einer festen Importquote für kongolesisches Holz. Für gewöhnlich werden solche „Leistungen“ nun mit der Durchbrechung der Hallstein-Doktrin in Zusammenhang gebracht. Die DDR habe sich ihre Anerkennung „erkauft“ heißt es dann. Doch betrachten wir die Leistungen einmal etwas genauer. Als Handelskredit – ausschließlich gültig für den Bezug ostdeutscher Waren – hatte Ost-Berlin ursprünglich nur 15 Millionen DM gewähren wollen. Dieser Wert entsprach annähernd dem ostdeutsch-kongolesischen Warenaustausch, den die ostdeutsche Führung ohnehin für die kommenden Jahre erwartete.²² Auf Drängen der ostdeutschen Fürsprecher im kongolesischen Kabinett war der Betrag dann auf unrealistische 25 Millionen DM angehoben worden – zumindest auf dem Papier. Denn intern erging die Weisung, die Auszahlung zu verzögern.²³ Bis mindestens 1980 musste der Kredit verlängert werden, weil er keine Abnahme fand.²⁴ Auch hatten die Kongolesen selbst nur wenig Interesse an dessen Auszahlung. Seine Konditionen entsprachen nämlich mehr den Exportbedürfnissen der ostdeutschen Wirtschaft als den Importbedürfnissen des kongolesischen Staates. Ähnliches galt für das Geldgeschenk an die PCT. Die SED ließ es sich nicht nehmen, mit dem Geld einen Parteitag der kongolesischen Einheitspartei zu organisieren. Das Geschenk wanderte also letztlich aus der Staatskasse der DDR in die Parteikasse der SED.²⁵ Und die finanzielle Beteiligung an der kongolesischen Holzindustrie, die Annahme einer festen Importquote auf kongolesisches Holz und die Investition in ein von der Gabunischen Republik und der Volksrepublik Kongo gemeinsam betriebenes Manganerz-Bergbauunternehmen, auch sie können von ökonomischen Eigeninteressen der DDR kaum freigesprochen werden.²⁶ Holz wie Mangan importierte die DDR aus dem Kongo und Gabun. Mangan war sogar ein

20 Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. März 1970, PA AA, MfAA, C 364/77, Fiche 1, S. 6–9.

21 Ebd., hier S. 8. Der Wert wird in der Quelle mit 25 Millionen VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1970 bei ca. 1 DM: 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 25 Millionen DM.

22 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1086/77, Fiche 1, S. 48–63. Der Wert wird in der Quelle mit 15 Millionen VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1969 bei ca. 1 DM: 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 15 Millionen DM.

23 Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. März 1970, PA AA, MfAA, C 364/77, Fiche 1, S. 8.

24 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 959/78, Fiche 1, S. 57–67.

25 Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. März 1970, PA AA, MfAA, C 364/77, Fiche 1, S. 6–9, hier S. 8. Der Wert wird in der Quelle mit 1 Million. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1969 bei ca. 1 DM : 3,57 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,28 Millionen DM.

26 Mitarbeiter Degenhardt (Bundesamt für Verfassungsschutz) an Auswärtiges Amt, 31. August 1970, PA AA, AA, B 34, 786.

strategisches Gut. Der ostdeutsche Handel dürfte von den Investitionen direkt profitiert haben. Anstatt vom „Einkauf“ einer Anerkennung wird man im Fall der Volksrepublik Kongo also ebenso gut von der Befriedigung ökonomischer Eigeninteressen sprechen können.

Was war es dann aber, was die Regierung von Kongo-Brazzaville ausgerechnet 1969 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR bewog? Zum einen war es der Umstand, dass Staat und Regierung seit dem Sturz der pro-westlichen Regierung im Jahr 1963 einem progressiven, pro-östlichen Weg eingeschlagen hatten. 1969 nun fand dieser mit der Proklamierung der Volksrepublik seinen Abschluss. Schon allein aus propagandistischen Gründen schien es der sowjetophilen Regierung sinnvoll, mit dem gesamten sozialistischen Lager – also auch der DDR – in diplomatische Beziehungen zu treten. Doch hatte die Anerkennung auch einen überaus realen, existentiellen Hintergrund. Die Regierung der Volksrepublik hatte Angst. Angst vor einer Invasion durch Truppen des westlich orientierten kongolesischen Bruderstaates Kongo-Léopoldville sowie die Hoffnung, in diesem Fall mit einer militärischen Unterstützung durch die sozialistische Staatengemeinschaft rechnen zu können. Seit Mitte der 1960er Jahre war es zwischen Militäreinheiten der beiden kongolesischen Staaten immer wieder zu kleineren Scharmützeln gekommen. Kongo-Brazzaville hatte nicht wenige Rebellen und Oppositionelle seines Bruderstaates bei sich aufgenommen, die gelegentlich auf der anderen Seite der Grenze auf Beutezug gingen. Die Regierung von Kongo-Léopoldville hatte reagiert, indem sie kleine Kommandotrupps ihres Militärs ebenfalls über die Grenze setzen ließ, wo diese dann ihrerseits die Grenzregion Kongo-Brazzavilles in Angst und Schrecken versetzten. Als 1969 die Regierung der frisch ausgerufenen Volksrepublik mit Delegationen der DDR und der übrigen Mitgliedsstaaten des sozialistischen Lagers über eine Erweiterung der bilateralen Beziehungen verhandelte, drangen sogar zwei Jagdflugzeuge Kongo-Léopoldvilles in den Luftraum der Volksrepublik ein und kreisten einige Zeit bedrohlich über deren Hauptstadt Brazzaville. Fortan sah sich die Regierung der Volksrepublik im Kriegszustand, rechnete beinahe täglich mit einer Invasion.²⁷ Ein Ausbau der militärischen Zusammenarbeit mit den Staaten des sozialistischen Lagers hatte für die PCT nun oberste Priorität. Und der Erfolg blieb ihr nicht versagt. Das sozialistische Lager lieferte Waffen, Munition, Ausrüstung und Fahrzeuge, stellte eine größere Zahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung. Auch die DDR war hier eingebunden. Aus keinem anderen Staat sollten bis 1989 so viele Militärkader Ausbildungseinrichtungen ihrer Nationalen Volksarmee durchlaufen. Das Gros dieser Leistungen setzte dabei erst ein, nachdem das kongolesische und das sowjetische Militär ein Joint Venture zur Ausbeutung mehrerer kongolesischer Goldminen eingegangen waren. Diese ökonomische Komponente sowie die Tatsache, dass neben den kongolesischen auch angolische Rebellengruppen in der Volksrepublik Rückzugsbasen unterhielten – geostrategische Überlegungen also –, machte die Volksrepublik zu „dem“ geostrategischen Brückenkopf des sozialistischen Lagers im zentralafrikanischen Raum. Erfolgten von hier doch dann doch auch seit Ende 1975 im Wesentlichen die Waffen-, Munitions- und Ausrüstungslieferungen zur Unterstützung des sowjetophilen Movimento Popular de Libertação de Angola in der Angola-Krise.

Anhänger der These vom Primat der Hallstein-Doktrin werden nun einwerfen, dass die kongolesische Regierung dennoch Rücksicht auf den deutsch-deutschen Gegensatz genommen habe. Wurde die ostdeutsche Gesandtschaft in Brazzaville doch erst 1973 –

27 Generaldirektor Clausnitzer – Direktionsbereich Übersee I (Ministerium für Außenwirtschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. Januar 1970, PA AA, MfAA, C 960/78, Fiche 1, S. 24–27.

nach Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages – zur Botschaft ausgebaut.²⁸ Doch hatte diese Zurückhaltung noch eine andere, weit schwerer wiegende, Ursache. Aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus hatte die DDR sich nämlich ein gutes zwischenstaatliches Verhältnis zum Kongo-Léopoldville nicht ganz verbauen wollen und gegenüber diesem stets eher gemäßigte Töne angeschlagen.²⁹ Die Regierung der Volksrepublik betrachtete dies als Affront. Erst 1976 sollte sie ihren ersten Botschafter in die DDR entsenden.³⁰ Ein Umstand, der die späte Aufwertung des ostdeutschen Generalkonsulats zur Botschaft im Jahr 1973 dann doch wieder in einem anderen Licht erscheinen lässt. Hatte die DDR sich doch nicht erst seit 1973 um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu Kongo-Léopoldville bemüht. Doch wie dem auch sei, als „diplomatischen Durchbruch“ im zentralafrikanischen Raum kann man den Erfolg der DDR in der Volksrepublik Kongo durchaus bezeichnen. Hatte sie nun doch erstmals einen Stützpunkt in Zentralafrika vorzuweisen, von dem aus sie operieren konnte.

Weitere Anerkennungen folgten rasch – wenn auch nur in einem Fall tatsächlich auf Wunsch der DDR. Es waren die Sowjetunion, die Sudanesisch Sozialistische Union, die Vereinigte Arabische Republik und Frankreich,³¹ dank denen die DDR 1970 diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene zur Zentralafrikanischen Republik aufnehmen,³² und unter deren Druck sie 1971 zum Tschad³³ und – wie bereits erwähnt – zu Äquatorialguinea³⁴ in diplomatische Beziehungen treten „musste“. So berichtete der ostdeutsche Botschafter im Tschad, Gerhard Krauß, 1971 dem ostdeutschen Außenministerium von einem Gespräch, das er mit dem dortigen sowjetischen Botschafter, Herrn Nersessow, über die Umstände der Beziehungsaufnahme geführt hatte: „Gen. Nersessow meinte, daß nicht nur die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR von der Tschad-Regierung mit Frankreich abgestimmt worden sei, sondern auch die Festlegung des Datums für die Überreichung des Beglaubigungsschreibens in Übereinstimmung mit [Jacques] Foccart [der sogenannten grauen Eminenz der französischen Afrikapolitik] erfolgt sei.“³⁵

Die DDR hatte am Tschad – wie schon im Fall Äquatorialguineas – nur wenig Interesse gezeigt. Moskau hatte wieder einige Überredungskunst aufwenden müssen, um das ostdeutsche Außenministerium von diesem Schritt zu überzeugen. Anders stellte sich die Lage im Fall der Zentralafrikanischen Republik dar, bei der die DDR auf das Zustandekommen eines Importabkommens für Rohdiamanten spekulierte. Doch „suspendierte“ die Regierung der Zentralafrikanischen Republik die Beziehungen auf westdeutschen Druck hin bereits 1971 wieder.³⁶ Nun kann die Suspendierung durchaus als Ergebnis

28 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1973, PA AA, MfAA, C 921/74, Fiche 2, S. 156–160.

29 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2. Dezember o.J., PA AA, MfAA, C 916/74, Fiche 1, S. 57.

30 Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 23. August 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108292.

31 Botschafter Krauß (Botschaft in der Republik Tschad) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 22. November 1971, PA AA, MfAA, C 1171/77, Fiche 1, S. 57.

32 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 26. September 1970, PA AA, MfAA, Dok. 264-265, Bd. 1, S. 56–61.

33 Geschäftsträger Ernst (Botschaft im Tschad) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 14. September 1971, PA AA, MfAA, C 1173/77, Fiche 1, S. 78–79.

34 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. April 1971, PA AA, MfAA, Dok. 206, S. 12.

35 Botschafter Krauß (Botschaft in der Republik Tschad) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 22. November 1971, PA AA, MfAA, C 1171/77, Fiche 1, S. 57–59.

36 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 13. August 1971, PA AA, MfAA, C 6239, Fiche 1, S. 32.

der Bemühungen der westdeutschen Botschaft im Sinn der Hallstein-Doktrin interpretiert werden. Doch sei angemerkt, dass das angestrebte Handelsabkommen über Rohdiamanten bereits einige Wochen zuvor gescheitert war. Staatspräsident Bokassa hatte von einem westlichen Unternehmen ein lukrativeres Angebot erhalten. Für die DDR war damit der Hauptgrund ihrer Anwesenheit entfallen. Die Suspendierung bot ihr vielmehr die Möglichkeit, sich, ohne allzu viele Devisen „verschwendet“ zu haben, aus der Zentralafrikanischen Republik zurückzuziehen. Sie nutzte die Chance, die sich ihr hier bot. Mit einem „Rauswurf“ war die Suspendierung zudem nicht verbunden. Mitarbeiter der ostdeutschen Botschaft hielten sich – wenn auch inoffiziell – noch mindestens bis Ende 1972 in der Zentralafrikanischen Republik auf.³⁷

Mit dem Ende der Hallstein- und der Scheel-Doktrin wurden diplomatische Beziehungen dann 1973 zur Vereinigten Republik Kamerun³⁸ und zur Republik Zaïre, wie Kongo-Léopoldville nun hieß, 1974 zur Gabunischen Republik³⁹ und 1975 zur Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe,⁴⁰ sowie zur Volksrepublik Angola⁴¹ hergestellt. Von diesen erhielten am Ende jedoch nur Angola und Zaïre eigene diplomatische Vertretungen. An den übrigen Staaten wurden die in diesen beiden Schwerpunktländern akkreditierten Vertreter Ostdeutschlands nach und nach zweitakkreditiert – Äquatorialguinea ab 1976 über die ostdeutsche Botschaft in Nigeria. Lediglich die Botschaft in der Volksrepublik Kongo blieb darüber hinaus bestehen.

Der kurze Überblick dürfte deutlich gemacht haben, dass sich das „Primärziel“ einer allgemeinen Durchbrechung der Hallstein-Doktrin innerhalb der Anerkennungs Bemühungen der DDR im zentralafrikanischen Raum nur schwerlich ausmachen lässt. Dafür waren diese viel zu ungleichmäßig verteilt, viel zu sehr an ökonomischen und geostrategischen Überlegungen orientiert. Doch wie genau sahen diese ökonomischen Interessen der DDR im zentralafrikanischen Raum aus?

Kompassnadel der ostdeutschen Diplomatie – der Außenhandel

Sich ein vollständiges Bild vom ostdeutschen Außenhandel im zentralafrikanischen Raum machen zu wollen ist ein praktisch aussichtsloses Unterfangen. Warum, dazu kommen wir gleich. Einige grundlegende Feststellungen können nämlich durchaus gemacht werden. Der ostdeutsche Außenhandel war am Export ostdeutscher Anlagen, Maschinen und Konsumgüter interessiert. Bevorzugte Importgüter waren pflanzliche und mineralische Rohstoffe – teils zur Weiterverarbeitung in der ostdeutschen Industrie, teils zum sofortigen Weiterverkauf auf den Weltmärkten. Wichtigstes Importgut des ostdeutschen Außenhandels aus den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas, aus der Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, der Republik Tschad und der Gabunischen Republik, war Rohholz. Doch dürfte auch das bereits erwähnte Manganerz aus der gabunisch-kongolesischen Mine einen nicht unerheblichen Anteil am dortigen Handelsvolumen ausgemacht haben.⁴² Aus Kamerun importierte die DDR vor allem

37 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. November 1972, PA AA, MfAA, C 6239, Fiche 2, S. 124–126.

38 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 6287, Fiche 1, S. 1–6.

39 Botschafter Kämpf (Botschaft in der Demokratischen Republik Algerien) an Abteilung Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. März 1974, PA AA, MfAA, C 6265, Fiche 1, S. 2–3.

40 „Stunde der Politik“ (Radio DDR), 15. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv 108350.

41 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 11. November 1975, PA AA, MfAA, C 6162, Fiche 1, S. 20.

42 Bammer (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 29. September 1964, PA AA, AA, B 68, 308.

Rohkaffee und Rohkakao. Im Fall Angolas zählten Rohkaffee und Rohholz zu den bevorzugten Importgütern.⁴³ Wertangaben über die ostdeutschen Im- und Exporte können nicht gemacht werden. Warum, auch darauf wird gleich noch zurückzukommen sein. Als sicher kann lediglich gelten, dass das Handelsvolumen im Fall Angolas nach 1975, mit der Proklamierung der Volksrepublik, erheblich zunahm, da die DDR in der Folge im Direkthandel mehrere tausend landwirtschaftliche Fahrzeuge, Maschinen und Ausrüstungsgüter lieferte und im Gegenzug pflanzliche Rohstoffe in erheblichem Umfang bezog. Aus diesem Grund dürfte Angola nach 1975 auch zum wichtigsten Handelspartner der DDR im zentralafrikanischen Raum aufgestiegen sein. Die Augen derjenigen in Ost-Berlin, die sich mit dem Handel beschäftigten, ruhten jedoch nicht auf der Volkswirtschaft Angolas, sondern auf den Märkten Kongo-Léopoldvilles. Bereits 1950 war es dem ostdeutschen Handel gelungen, hier Fuß zu fassen.⁴⁴ Und hier lag – zumindest bis 1975 – auch der Schwerpunkt der ökonomischen Interessen der DDR im zentralafrikanischen Raum. Interessiert war der ostdeutsche Außenhandel vor allem an den mineralischen Rohstoffen des Landes, die sich, wie Gold und Diamanten, leicht auf den Weltmärkten gegen Devisen eintauschen ließen. Bereits 1960, mit dem Beginn der Kongo-Krise, kam der direkte Rohstoffbezug jedoch praktisch vollständig zum Erliegen. Versuche Ostdeutschlands, ihn im Verlauf der folgenden Jahre wieder aufzunehmen, scheiterten⁴⁵ – auch über das Jahr 1973 hinaus, in dem die DDR erstmals offiziell eine Botschaft in Zaïre errichten konnte, hinaus. Ob er verdeckt über Firmen der belgischen kommunistischen Partei, die Unternehmen SIMPEX und DRAGOSA,⁴⁶ fortgeführt wurde, lässt sich aus den eingesehenen Akten nicht abschließend klären. Unter keinen Umständen wollte man in Ost-Berlin aber die Hoffnung auf die Wiederaufnahme eines Direkthandels endgültig begraben. Noch 1975 berichtete der ostdeutsche Botschafter in Zaïre, Ronald Weidemann, dem Leiter der Abteilung Ost- und Zentralafrika im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Edgar Röder, von einem mit dem ostdeutschen Handelsministerium ausgearbeiteten ökonomischen Orientierungsplan seiner Botschaft für das Jahr 1976, in dem es hieß: „Wir sollten jedoch in unserer Grundorientierung davon ausgehen, daß die Beziehungen zwischen der DDR und Zaïre weiterzuentwickeln und zu vertiefen sind und diese Beziehungen für uns in erster Linie aus ökonomischen Gründen für die Zukunft von Interesse sind (Rohstoffe und Absatzmarkt für DDR-Erzeugnisse).“⁴⁷

Importe von 10 000 Tonnen Kupfer, 50 000 Tonnen Manganerz und 1 000 000 Karat Diamanten, zu dem für den ostdeutschen Außenhandel im zentralafrikanischen Raum ungewöhnlich hohen Importwert von 30 bis 40 Millionen DM jährlich, wurden im Orientierungsplan angestrebt.⁴⁸

43 Konsul Negwer (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 5. Dezember 1962, PA AA, AA, B 34, 363.

44 Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 21. August 1951, PA AA, AA, B 60, 1. Abg., 5.

45 Sonderbevollmächtigter Thun-Hohenstein an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel und Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 30. August 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 2, S. 101–104.

46 Keusch an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 1, S. 89.

47 Botschafter Weidemann (Botschaft in der Republik Zaïre) an Sektionsleiter Röder – Sektion Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 20. Oktober 1975, PA AA, MfAA, C 6241, Fiche 1, S. 9.

48 Botschafter Weidemann (Botschaft in der Republik Zaïre) an Sektionsleiter Röder – Sektion Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 20. Oktober 1975, PA AA, MfAA, C 6241, Fiche 1, S. 9. Die Werte werden in der Quelle mit 30 Millionen VM und 40 Millionen VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1975 bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 30 Millionen DM und 40 Millionen DM.

Hier, im Kongo-Léopoldville und in Angola, war es auch, wo die Solidaritäts- und Hilfsmaßnahmen für sowjetophile Rebellen- und Befreiungsbewegungen ihren höchsten Ausprägungsgrad erreichten – und dies interessanterweise wiederum unter höchst ökonomischen Vorzeichen. Verfügt die dort unterstützten Rebellen doch aufgrund von Raub, Erpressung und Schmuggel, aufgrund des Ressourcenreichtums der beiden Staaten, über ganz erhebliche finanzielle Reserven. Als das ostdeutsche Außenministerium beispielsweise Anfang 1961 einen Plan zur Unterstützung der Gegenregierung der Freien Republik Kongo erarbeitete, der die Lieferung ostdeutscher Uniformen vorsah, sollten diese nicht etwa kostenlos, als selbstlose Spende, geliefert, sondern – nach dem erhofften Sieg der Freien Republik – nachträglich von deren Regierung kommerziell erworben werden.⁴⁹ Auch ein anderes Hilfversuchen der Freien Republik, der Druck einer eigenen Währung, sollte ausschließlich auf kommerzieller Basis – nicht als kostenlose Hilfe – erfolgen.⁵⁰ Und als 1965 von Außenministerium, Handelsministerium und Staatlicher Plankommission ein Sofortprogramm für eine Rebellenbewegung – wiederum im Ostkongo – ausgearbeitet wurde, hielt der Stellvertretende Minister im Außenministerium, Georg Stibi, fest: „Obwohl einzuschätzen ist, daß mit einer Begleichung der Lieferungen in der nächsten Zeit nicht zu rechnen sein kann, ist anzustreben, daß eine Festlegung über die Bezahlung zu einem späteren Zeitpunkt getroffen wird. Es ist vorzuschlagen, daß die nach dem Sofortprogramm zu liefernden Waren im Rahmen der perspektivischen Beziehungen durch Landesprodukte bezahlt werden.“⁵¹ Selbst solche Unterstützungsleistungen – so geostrategisch ihre Vergabe auch gedacht sein mochte – besaßen also stets auch eine ökonomische Komponente, die dann in der Vergabepraxis nicht selten sogar die Oberhand behalten sollte.

Kommen wir nun aber noch einmal zum Versuch, ein Bild vom ostdeutschen Außenhandel im zentralafrikanischen Raum, von den Werten, die im- und exportiert wurden, zu machen, zurück. Nimmt man die offiziellen Statistiken zur Grundlage, so ist der ostdeutsche Direkthandel mit dem zentralafrikanischen Raum zwischen 1955 und 1975 nicht sonderlich hoch gewesen. 1976 lag er bei umgerechnet gerade einmal 240 Millionen DM, wobei über 90 Prozent des Warenaustauschs im Direkthandel auf die Volksrepublik Angola entfielen.⁵² Doch darf man sich von den offiziellen Statistiken nicht täuschen lassen – und schon gar nicht vom Direkthandel. Nur eine Minderheit der Güter, die ostdeutsche Handelsunternehmen in die DDR importierten war für ostdeutsche Unternehmen bestimmt, und viele Güter, die westliche Unternehmen aus und nach Afrika im- und exportierten hatten die DDR zum Ziel oder Startpunkt. Gerade im Fall ostdeut-

49 Wolfgang Schübler (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) und Kurt Böttger (zur Zeit stationiert in der Vereinigten Arabischen Republik) an Heinrich Rau (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 6. März 1961. In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Abteilung Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), A 17294, Bd 1, Fiche 2, S. 159–166.

50 Sepp Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Willi Stoph – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Konrad Neumann – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Peter Florin – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 25. April 1961. In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Abteilung Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), A 17288, Fiche 1, S. 76–77.

51 Georg Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 31. März 1965, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Abteilung Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), C 796/74, Fiche 2, S. 104–109, hier S. 107.

52 Winrow, Gareth M.: *The foreign policy of the GDR in Africa*. Cambridge/New York u. a. 1990, S. 58. Der Wert wird in der Sekundärliteratur mit 240 Millionen VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1976 bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 240 Millionen DM.

scher Güter war der Handel über Drittstaaten – den die offiziellen Statistiken unberücksichtigt lassen – besonders ausgeprägt. Der Direkthandel bildete die Ausnahme. Am Häufigsten waren westdeutsche Unternehmen in den ostdeutschen Außenhandel zwischengeschaltet. 1957 hatte die Bundesregierung bei der Aushandlung der Römischen Verträge über eine Regelung zum deutsch-deutschen Transithandel eine faktische Einbeziehung der ostdeutschen Wirtschaft in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erwirkt. So war es der DDR möglich, ostdeutsche Produkte über den Verkauf an westdeutsche Zwischenhändler unter den Präferenz Zoll-Regelungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die mit dieser assoziierten zentralafrikanischen Märkte zu werfen. Zu den tatsächlichen Handelsvolumina lassen sich aus diesem Grund keine sicheren Angaben machen. In jedem Fall dürften sie aber höher gelegen haben als gemeinhin – aufgrund der offiziellen Statistiken – angenommen. Hoch genug zumindest, um in Ost-Berlin Interesse an der Errichtung kostenintensiver diplomatischer Vertretungen in Zaire und Angola aufkommen zu lassen. Ein Interesse, das im Fall Äquatorialguineas nachweislich nicht bestanden hat.

Ost-Berlins Diplomatie – ökonomische Schwerpunktsetzung statt deutschlandpolitischer Flächenbearbeitung

Wäre der DDR tatsächlich bis 1973 einzig an der Durchbrechung der Hallstein-Doktrin, der Beilegung des deutsch-deutschen Gegensatzes auf internationaler Bühne, gelegen gewesen, wie einfach hätte sie es doch gehabt, hätte sie sich auf Staaten wie Äquatorialguinea konzentriert. Staaten, die nicht inmitten oder am Rande internationaler Krisen lagen, auf denen, ihrer ökonomischen und geostrategischen Irrelevanz wegen, nicht das besondere Augenmerk des Westens ruhte. Doch war es eben nicht die Hallstein-Doktrin, es war die Erschließung neuer Märkte für ostdeutsche Exportprodukte, die Anhebung der Importkontingente von Rohstoffen – solcher, die für die ostdeutsche Wirtschaft interessant oder auf den Weltmärkten leicht mit Gewinn weiterveräußert werden konnten –, woran sich die ostdeutsche Außenpolitik in Zentralafrika orientierte. Das größte Potential boten hier Kongo-Léopoldville und Angola, und so waren es diese beiden Staaten, auf welche die DDR ihr Engagement im Wesentlichen fokussierte. Ursache und Antrieb des ostdeutschen Engagements in Zentralafrika war – betrachtet man die Gesamtheit der eingesetzten finanziellen und personellen Ressourcen – das ökonomische Bestreben, Profit zu erzielen. Hinter diesem Hauptziel trat die Vermittlung innenpolitischer Ideen und Ideale deutlich zurück. Und wäre es nicht verwunderlich, wenn sich dieses ökonomische Primat einzig und allein auf den zentralafrikanischen Raum beschränkt haben sollte?